

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/43

Bonn, den 4. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Modern und wirklichkeitsnah

69

Die jugendpolitische Konzeption der Sozialdemokraten
Von Heinz Westphal

2

Zu Lasten der Mieter

24

Auswirkungen der "weißen Kreise"

3

Sozialdemokratische Agrarpolitik ist überzeugend

31

Karl-August Lückner weiß nicht mehr, was in Bonn geschieht
Bei zwei Agrardebatten war er nicht anwesend

4

Deichbau gesperrt

49

Ein Erfolg der Koalition gegen die Vernunft

5 - 6

Die Rechtspartei in Athen in der Isolierung

75

Rechtfertigung der Regierung Papandreu
Von Dr. Basil Mathiopoulos

*

*

*

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 - Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Modern und wirklichkeitsnah

Die jugendpolitische Konzeption der Sozialdemokraten

Von Heinz Westphal

Auch über die Lebensfragen der jungen Bürger unseres Staates, die noch nicht wahlberechtigt sind, wird entschieden, wenn am 19. September dieses Jahres ein neuer Bundestag und damit endlich auch eine neue Regierung gewählt wird. Es ist für die Sozialdemokratische Partei selbstverständlich, daß sie für diese große Gruppe in unserer Bevölkerung Mitverantwortung übernimmt und ein Konzept bereithält, in dem alle Maßnahmen zusammenfassend dargestellt sind, die die Lebenssituation der Jugend unseres Landes grundlegend verbessert werden, wenn Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung übernommen haben.

Ein solches Konzept kann nur wirklichkeitsnah gestaltet sein, wenn es gemeinsam mit der jungen Generation und den sich für diese Generation verantwortlich fühlenden Repräsentanten in den demokratischen Jugendverbänden erarbeitet wurde. Der Jugendkongreß der SPD in Bad Godesberg dient dieser Aufgabe. Diese Konferenz führt Jugendleiter, Fachleute der Jugendpolitik, junge Abgeordnete und Kandidaten sowie die Jugendsenatoren der Stadtstaaten und leitende Beamte der Jugendbehörden in Ländern und Gemeinden zum Gespräch zusammen. Die "Jugendpolitischen Leitsätze der SPD" werden als Frucht gründlicher Beratungen und praktischer Erfahrungen bei diesem Kongreß der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Sozialdemokratische Jugendpolitik zielt darauf ab, alle jungen Menschen - unabhängig von ihrer sozialen Lage - in den Stand zu versetzen, den Lebens- und Berufsweg einzuschlagen, der ihren Anlagen, Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Deshalb sind alle Bemühungen darauf gerichtet, die Bildung und Ausbildung der Jugend in Schule und Beruf zu verbessern. Heute werden noch mehr als 80 Prozent der Jugendlichen ohne ausreichende Lebensreife zu früh in die so stark mechanisierte und rationalisierte Arbeitswelt entlassen. Die Bildungspolitischen Leitsätze der SPD mit ihren konkreten Vorschlägen zur Überwindung des Lehrermangels, zur Verlängerung der Schulzeit, zur Erleichterung der Übergänge von einem Bildungsweg in einen anderen, zum Ausbau voller Schulsysteme und zur weiteren Förderung des Baues moderner Schulen weisen den Weg zur Überwindung der heutigen Mängel.

Im Bereich der beruflichen Bildung brauchen wir ein modernes, alle Wirtschaftszweige umfassendes Berufsausbildungsgesetz, das für eine breite Grundausbildung Sorge trägt, auf die sich allmählich berufliche Spezialisierungen aufbauen können. Überbetriebliche Lehrwerkstätten müssen stärker als bisher helfen, die Ausbildung zu qualifizieren.

Will man aber unabhängig von der sozialen Lage für alle jungen Menschen die gleichen Startchancen zu einer schulischen oder beruflichen Bildung, die den Eignungen und Neigungen entspricht, sichern, dann braucht man ein System gezielter Ausbildungsförderung, das jedem jungen Menschen einen rechtlichen Anspruch auf gesellschaftliche Hilfe gewährt. Das Durcheinander der unterschiedlichsten Beihilferegulungen muß beseitigt werden, und durch das Zusammenwirken von Bund und Ländern müssen die gleichen berechtigten Förderungsmaßstäbe für alle verankert werden. Jeder Familienvater muß wissen, daß für keines seiner Kinder bei vorhandener Eignung und Neigung ein noch so hoch gestecktes Ausbildungsziel deshalb unerreichbar wäre, weil sein Geldbeutel zu schmal ist.

Alle grundlegenden Aufgaben der Jugendhilfe - vom Angebot entspannender, Freude bringender und bildender Freizeithilfen bis zur qualifizierten Erfüllung aller Erziehungsansprüche des geschädigten oder gestrauchelten Jugendlichen - sollten in einem modernen Jugendhilfegesetz zusammengefaßt werden, in dem auch sichergestellt wird, daß freie Kräfte der Jugendarbeit vertrauensvoll mit den Gemeindebehörden zusammenwirken können, ohne daß einer von beiden Partnern sich durch eine ungerichtfertigte Vorrangstellung des anderen eingeengt zu fühlen braucht. Durch ein intensives Zusammenwirken freier und öffentlicher Träger der Jugendhilfe und die ausreichende Berücksichtigung dieser Selbstverwaltungsaufgaben in verbesserten Finanzierungsregelungen für die Gemeinden und Landkreise können wir unser Land mit hervorragenden, allen Ansprüchen gerecht werdenden Jugendeinrichtungen überziehen, die im engen Zusammenhang stehen sollen mit den sozialen und kulturellen Einrichtungen für alle anderen Altersschichten unseres Volkes.

Sozialdemokraten werden die Jugendarbeit gerade auch der demokratischen Jugendverbände intensiv fördern, weil sie wissen, daß in diesen von der Jugend selbst gestalteten Organisationen ein enormes Potential verantwortungsbewußter Menschen tätig ist, die aus eigenem, freiem Entschluß in ihrer freien Zeit Bildungs- und Erziehungsarbeit leisten und damit helfen, daß sich das öffentliche Leben immer wieder auf neu nachwachsende, demokratisch gebildete Kräfte stützen kann, die zur Übernahme von Verantwortung für unser Volk bereit sind. Die Sozialdemokraten setzen Vertrauen in diese junge Generation. Sie sind sicher, daß sie auch auf das Vertrauen der jungen Generation rechnen können.

+ + +

Zu Lasten der Mieter

Auswirkungen der "weißen Kreise"

sp - Nun mußte das Wohnungsbauministerium selbst zugeben, daß auf dem Wohnungsmarkt vieles nicht in Ordnung ist. Zu einer Revision des geltenden Mietrechts kann es sich freilich nicht entschließen; es erwartet alles Heil von den Gerichten, die in Streitfällen zwischen Hausbesitzern und gekündigten Mietern die Sozialklausel möglichst weitherzig auslegen sollen - ein Appell, der an der Wirklichkeit vorbeigeht und schon deshalb unwirksam bleiben muß, da er an der Grundstruktur des geltenden Mietrechts nichts zu ändern vermag. Die Gerichte haben sich bemüht, den Willen des Gesetzgebers zu erkunden und haben dabei festgestellt, daß der Gesetzgeber nun einmal hat erkennen lassen, daß er die Stellung des Vermieters stärken und seinen Belangen den Rang vor denen des Mieters geben wolle" - so der sozialdemokratische Wohnungsbauexperte Jacobi bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltes.

Auf dem Wohnungsmarkt vollziehen sich so manche Tragödien. Zwar sind einige Gerichte ziemlich scharf gegen Vermieter wegen Mietwuchers und ungerechter Kündigungen vorgegangen, doch die Fälle, in denen die Mieter auf der Strecke blieben oder vor unerträglichen Bedingungen kapitulierten, überwiegen. Der Wohnungsmarkt in vielen "weißen Kreisen" ist eben noch unterversorgt, darüber täuschen auch nicht die schönfärbereischen Zahlen des Wohnungsbauministeriums hinweg. Von einem geordneten Wohnungsmarkt mit dem notwendigen Interessenausgleich zwischen Mietern und Hausbesitzern sind wir noch weit entfernt.

+ + +

Sozialdemokratische Agrarpolitik ist überzeugend

H. Ber. - "Konkrete Erklärungen zur Agrarpolitik wurden von der SPD seit ihrem Parteitag von Karlsruhe nicht abgegeben." Karl-August Lücker, Agrarexperte der Fraktion der CDU/CSU stellte diese Behauptung am 26. Februar 1965 im "Agrarbrief" seiner Partei in einem Artikel auf, der die Überschrift "SPD-Programm ohne Hoffnung" trägt. Wie seriös dieser Beitrag des bayerischen Agrarfachmanns ist, zeigt allein schon der zitierte Satz, denn er ist von A bis Z falsch. Denn sehr konkrete Äußerungen zur derzeitigen Landwirtschaftspolitik sind seit dem Karlsruher Parteitag im November vergangenen Jahres nicht nur in der Öffentlichkeit - etwa in Presseerklärungen - abgegeben worden, sondern vor allem aber auch im Deutschen Bundestag, so etwa in der 152. Sitzung am 10. Dezember und in der 164. Sitzung am 17. Februar. Offenbar befindet sich Lücker allzu häufig im Europäischen Parlament und seinen Ausschüssen (bei der Getreidepreisdebatte war das bestimmt der Fall), wenn ihm die Darlegungen des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der SPD-Fraktion, Dr. Martin Schmidt-Gellersen, entgangen sein sollten.

Es ist deshalb völlig überflüssig, auf die einzelnen An- und Vorwürfe eines Bundestagsabgeordneten einzugehen, der wichtige Debatten seines Fachbereichs veräumt, der weder in der Aussprache über die Getreidepreisentscheidung noch in der Debatte um den "Grünen Plan" und "Grünen Bericht" das Wort nimmt, um dann sachlich unrichtige Behauptungen in dem bäuerlichen Propagandablatt seiner Partei aufzustellen. Herr Lücker ist ganz einfach nicht mehr orientiert, was im Bonner Parlament vor sich geht.

Im Interesse der Landwirtschaft in der Bundesrepublik hat die SPD konkrete Vorstellungen entwickelt, was nicht nur auf dem Karlsruher Parteitag programmatisch festgelegt, sondern auch in der Bonner Parlamentspraxis unter Beweis gestellt wurde. Als besonders dringlich bezeichnete Martin Schmidt-Gellersen, selbst praktizierender Bauer, am 17. Februar im Bundestag:

- * 1) Verbesserung von Marktstruktur und Absatzförderung;
- * 2) Beihilfen für die freiwillige Landabgabe;
- * 3) Verbesserung der ländlichen Sozialgesetzgebung;
- * 4) Aufstellung eines mehrjährigen Strukturprogrammes.

Die SPD-Agrarpolitiker haben aber nicht nur Forderungen erhoben und Vorschläge gemacht, sondern - teilweise schon vor recht langer Zeit und vor der CDU/CSU - entsprechende Anträge und Gesetzentwürfe eingebracht, die dann später auf dem CDU-Parteitag in Hannover (und wohl auch wieder auf der CDU-Bauerntagung in Oldenburg) als christlich-demokratische Postulate aufgestellt werden. Dabei hätte man längst Gelegenheit gehabt, der bäuerlichen Bevölkerung dadurch zu helfen, daß man den Vorschlägen der Sozialdemokraten im Bundestag zustimmt und damit zur Rechtskraft verhilft. Aber mit der Zustimmung zu sozialdemokratischen Vorschlägen ist eben auf dem Lande, wo die sozialdemokratische Agrarpolitik immer überzeugender in Erscheinung tritt, in einem Wahljahr kein Staat zu machen. Daß die Sozialdemokraten auf dem Lande aber keine Theoretiker, sondern auch hervorragende Praktiker sind, das haben sie in den SPDgeführten Ländern Hessen und Niedersachsen längst bewiesen. Aber gerade diese Tatsache, die ihren Niederschlag in ausgezeichneten Wahlergebnissen in Landgemeinden und Landkreisen in allen Teilen des Bundesgebietes hat, dürfte den Unionsparteien - auch Herrn Lücker - einiges Kopfzerbrechen bereiten. Mit Mätzchen, wie sie im "Agrarbrief" der Union aber geboten werden, wird das Vorbringen der SPD auf dem Lande auch im Bundestagswahljahr nicht aufzuhalten sein. Selbst "Gießkanne" und "Grafenrente" werden da nichts ausrichten ...

Deichbau gesperrt

sp - Mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP hat der Deutsche Bundestag am Freitag, dem 26. Februar 1965, beschlossen, die Mittel für den Bau von Deichen nicht nur um sieben Prozent zu kürzen, sondern auch den Rest noch mit zwanzig Prozent zu sperren, so daß auch von dem gekürzten Betrag noch weitere 21 Millionen DM nicht eingesetzt werden können.

Die Sozialdemokraten im Bundestag, und vor allem der Abgeordnete Hermsdorf aus Cuxhaven, haben bei der zweiten und dritten Lesung des Haushaltes um eine Freigabe der dringend benötigten Mittel gerungen. In der zweiten Lesung gelang ein Abstimmungserfolg der SFD-Fraktion. Für die dritte Lesung aber hatten die Parteien der Regierungskoalition alles aufgeboten was möglich war, um einen Erfolg der Vernunft zu verhindern. Das ist ihnen gelungen. Der Bundesfinanzminister, Rolf Dählgrün aus Harburg an der Niederelbe, und der Abgeordnete Detlev Struve aus Schleswig-Holstein haben durch Reden wesentlich zur Entscheidung gegen den Deichbau beigetragen. Das ist festzustellen und festzuhalten. Da die Abstimmung durch Abgabe der Namenskarten geschah, kann jeder kontrollieren, wer für und wer gegen den Schutz der Küsten gegen Flut und Unwetter gestimmt hat. Da gibt es kein Vertuschen.

Im Hintergrund blieben die Drahtzieher und ihre Motive. Wir wissen, daß der ebenfalls aus Schleswig-Holstein kommende Abgeordnete Dr. Gerhard Stoltenberg, künftig Krupp-Direktor in Essen, entscheidend die Haltung der Fraktion der CDU/CSU und auch die schließlich zustimmende FDP beeinflußt hat. Daß ausgerechnet die aus den Küstengebieten kommenden Abgeordneten sich verständnislos zeigten, daß gerade sie besonders aktiv gegen eine volle Ausschöpfung der vom zuständigen Bundesminister in den Etat-Entwurf eingesetzten Mittel wirkten, hat Aufsehen erregt, nicht nur bei der Opposition. Hier war, sagen wir es offen, die parteipolitische Disziplin stärker als sachliche Einsicht. "Ich hätte ja für Ihren Antrag gestimmt", so kam der eine zur Fraktion der SPD, und "eigentlich sehe ich nicht ein, warum wir gerade diese paar Millionen nicht hergeben sollten", so sagte der andere, der herüberkam - beide nicht die einzigen Zeugen des Nichtbegreifens. Denn hier handelt es sich nicht um ein Parteigeschäft, sondern um eine dringend notwendige, zum Schutz von Land und Menschen, von Gut und Geld unentbehrliche und nicht aufschiebende Verpflichtung. Der Grund für das unverständliche Verhalten liegt anderswo.

Dieser Haushalt ist gesperrt mit heimlichen Vorteilen für Interessenskreise, die von größerer Bedeutung für die Koalitionsparteien sind als die Fischerei und die kleine Landwirtschaft an den Küsten der Bundesrepublik. Jede Million, die irgendwo gestrichen oder gesperrt werden konnte, mußte herhalten, um die Balance des Haushaltes zu erreichen, die dennoch nur mit Tricks gelungen ist. Was die einen an Disziplin beisteuernten, das taten die anderen mit Interessentendruck hinzu.

Es war ein schlechtes Spiel, das der Bundesminister der Finanzen aufführte. Er sah die sachliche Verpflichtung ein, aber er glaubte es verantworten zu können, daß Manipulationen vielleicht die Sperre aufheben werden. Von vornherein konnte sie nicht von der Aufgabe dieser Position her begründet werden.

Zu viele Abgeordnete in den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP haben nach diesem erzwungenen Beschluß den Kopf geschüttelt: Das konnten auch sie nicht verstehen, daß sie bei fast 64 Milliarden Haushaltssumme nicht auch 21 Millionen, einen winzigen Bruchteil, für den Schutz der Küsten, der Ländereien und der Menschen, bewilligen sollten. Aber sie gehorchten denen, die in diesen Fraktionen die Tendenz über Beschlüsse bestimmen. Auf solche Art will sich die Koalition noch retten - und sinkt doch immer tiefer in das selbst bereitete Unheil.

Die Rechtspartei in Athen in der Isolierung

Rechtfertigung der Regierung Papandreu

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Sechs griechische Generale bereiteten im Sommer des Jahres 1961 einen "kühnen" Plan vor, um bei den damals bevorstehenden Parlamentswahlen den Willen des Volkes zugunsten der Regierungspartei zu fälschen.

Dem "Plan", der den Decknamen "Perikles" erhielt, wurde von dem damaligen Ministerpräsidenten Karamanlis zugestimmt und wurde angewendet bei den Wahlen von 1961.

Diese erstaunliche Mitteilung machte jetzt Ministerpräsident Papandreu vor dem Parlament, der gleichzeitig dem Präsidium die schriftlichen Unterlagen des Planes darlegte

Es war bereits bekannt, daß die Regierung Karamanlis durch Manipulationen und Ausnützung des Staatsapparates und der Sicherheitsorgane die Wahlen des Jahres 1961 "gewonnen" hatte. Der heutige Regierungschef und damalige Oppositionsführer Papandreu, hatte durch einen unerbittlichen Kampf die Resultate dieser Scheinwahlen nie anerkannt und sie als Produkt von Fälschung und Gewaltanwendung bezeichnet. Dazu kamen über hundert Gerichtsurteile gegen Sicherheitsorgane, die bei den damaligen Wahlen sich zugunsten der Regierungspartei eingemischt hatten.

Aber erst jetzt gelang es der Regierung Papandreu, das Vorhandensein eines vollständigen "Planes" zur Beeinflussung der Wahlen von 1961 nachzuweisen. Diese "Operation" sah vor, daß die Staatsmaschinerie, Streitkräfte, die Sicherheitsorgane und das gesamte geistige Potential des Landes benutzt werden sollten, die Zahl der Personen, die die Opposition unterstützen würden, möglichst gering zu halten. Die Regierungsanhänger wurden in diesem "Plan" als "Blaue", die Anhänger der Opposition als "Gelbe" bezeichnet. Papandreu gab dazu bekannt, daß man über 700 000 DM für die Durchführung der Opposition aus Steuergeldern zur Verfügung gestellt hatte.

Oppositionsführer Kanellopoulos versuchte die Last der Argumente des Regierungschefs in seiner Beantwortung dahingehend abzuschwächen, daß er den "Plan" als eine Vorbereitung für einen Kriegsfall und als nicht existent für die Wahlen bezeichnete.

Daraufhin beauftragte der Verteidigungsminister General Lukakis mit einer Untersuchung des "Plan"; das Ergebnis dieses Berichtes ist für die damalige Regierung und heutige Opposition katastrophal.

Dieser Bericht hat nicht nur bestätigt, daß der "Plan" ausschließlich für den Wahlkampf bestimmt war und daß die Erklärungen Papandreu vor dem Parlament zutreffen, sondern darüber hinaus festgestellt, daß gemäß dieser "Operation" die Sicherheitsorgane beauftragt waren, alle der Sympathie oder der Zusammenarbeit mit den "Gelben" verdächtigen Personen in "Schwarzen Listen" zu erfassen und Vorbereitungen von Gewaltanwendung gegenüber diesen Personen zu treffen. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß die Oppositionsführer überwacht werden sollten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Erklärung einer der sechs Generäle, die diesen "Plan" vorbereitet hatten und die sich inzwischen alle in Pension befinden; des Generals Frontistis, heute Abgeordneter der Rechtspartei ERE.

Er erklärte im Gegensatz zu seinem Führer Kanellopoulos, daß der Plan nicht nur für Kriegsfälle, sondern auch für Friedenszeiten angewandt werden solle, allerdings nicht für Wahlkämpfe.

Der Staatsanwalt von Athen hat sich inzwischen von Amts wegen an den Präsidenten des Parlamentes gewandt, um in die amtlichen Protokolle der einmaligen Erklärung Papandreu zu dem Fall "Perikles" Einsicht zu nehmen und um festzustellen, welche strafrechtlichen Folgen das Verhalten der damaligen Regierung und ihrer Organe hat.

Die ERE - Partei steht nach der Meinung politischer Beobachter in Athen unter der Anklage, daß sie die Grundrechte der griechischen Bürger mißachtet habe. Papandreu beendete seine Rede im Parlament mit der Feststellung: "Der Plan 'Perikles' zeigt, daß die ERE-Partei keine demokratische Partei mehr sei und sie dem Faschismus nachahmt"! Außerdem besteht noch die Möglichkeit, daß gegen einzelne Repräsentanten der Rechtsopposition Anklage wegen wirtschaftlicher Vergehen vor einem Sondergericht erhoben werden kann.

Durch alle diese Ereignisse befindet sich die Opposition zum jetzigen Zeitpunkt in moralischer Isolierung. Um daher aus dieser Sackgasse herauszukommen, forderte Kanellopoulos kurz vor den Erklärungen Papandreu über den Fall "Perikles" in einer Parteiversammlung in Athen den Rücktritt Papandreu, da dieser "eine nationale Gefahr" geworden sei. - Er betonte, daß seine Partei jede Regierung der Zentrumsunion im Parlament unterstützen werde und diese ohne Gegenleistung, sofern der nächste Ministerpräsident nicht Papandreu heißen würde.

Die Antwort der Regierung stellte das Aufdecken des Planes "Perikles" dar.